

Bräuereiarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Arbeiter in der Getränke-Industrie
Publikationsorgan des Zentralverbandes deutscher Bräuereiarbeiter und verwandter Berufsgenossen

Erscheint wöchentlich am Freitag.
Bezugspreis vierteljährlich 2,10 Mk., unter Kreuzband 2,70 Mk.
Eingetragen in die Postzeitungsliste.

Verleger und verantw. Redakteur: Fr. Krieg, Lichtenberg-Berlin
Redaktion und Expedition: Berlin D. 27, Schicklerstraße 6
Druck: Vorwärts Buchdruckerei Paul Singer & Co., Berlin SW. 68

Insertionspreis:
die sechsgespaltene Kolonelle 40 Pfg., für Mitglieder 30 Pfg.
Schluß für Inserate: Montag Mittag 12 Uhr.

Geschäftsbericht der Brauerei und Mälzerei-Berufsgenossenschaft pro 1908.

II.

Der Bericht kommt dann zu den Ergebnissen des Geschäftsjahres und erklärt: „Was die Geschäftsgebarung der Genossenschaft anlangt, so ist diese im allgemeinen als eine günstige zu bezeichnen“. Entsprechend der geringeren Zahl der versicherten Personen sei auch die Zahl der gemeldeten Unfälle von 14 341 in 1907 auf 13 704 in 1908 und ebenso die der entschädigten Unfälle von 1615 auf 1531 gesunken. Bei den entschädigten Unfällen hat aber eine Berufsgenossenschaft offene Hand und ist diese Zahl oftmals gar nicht mit der Unfallziffer selbst zu vergleichen. Die Entschädigungssumme ist gefallen, daher auch der Beitrag in einzelnen Sektionen etwas zurückgegangen. Wie dies oft gemacht wird, gibt der Bericht selbst zu. Es heißt da: „Besonders erfreulich ist die Besserung im Versorgungsbeitrag der Sektion VI Berlin, deren Entschädigungsbeiträge von 758 685 Mk. im Jahre 1907 auf 712 108 Mk. in 1908 sich vermindert haben. Dies günstige Resultat ist vor allem der nach dem Wechsel in der Geschäftsleitung der Sektion eingeleiteten schärferen Rentenkontrolle zu verdanken, bei der eine große Anzahl alter Renten, die überhaupt nicht mehr oder nicht in der früheren Höhe berechtigt waren, aufgehoben oder entsprechend herabgesetzt wurden.“

Erst wurde der Geschäftsführer beseitigt, und dann war die Bahn für eine schneidige Rentenjagd frei geworden. Die „Erfolge“ waren ja wunderbar und wird die Sektion Berlin zum Schrecken der armen Verletzten gar bald den letzten Rest vom „Geiste Mölchers“ verloren haben.

Staat und Bezirksteilung der Genossenschaft blieb im Berichtsjahre unverändert. Aus dem Vorstand ist Kommerzienrat Gabriel Sedlmayr-München ausgeschieden, nachdem sich seine Brauerei in eine Aktiengesellschaft umgewandelt hatte. Ebenso hat Direktor Merlen von der Schultheiß-Brauerei zu Berlin sein Amt im Vorstand niedergelegt.

Der aufgeführte Versicherungsbestand ergibt folgende lehrreiche Zahlen:

Sektion	Von- seiten	Mälz- seiten	Bier- nieder- lagen	Sonstige Be- triebe (Zer- wickel- anlagen, Seifenfabri- ken usw.)	Zusammen	(B. Be- trag der 1907)	mithin + -
I	56	23	94	1	174	(158)	+ 16
II	395	110	188	2	645	(636)	+ 9
III	871	56	50	—	977	(999)	- 22
IV	1071	104	11	4	1190	(1212)	- 22
V	733	121	41	5	900	(901)	- 1
VI	1894	105	481	6	1986	(1958)	+ 28
VII	347	36	307	4	694	(697)	- 3
VIII	936	96	186	2	1220	(1230)	- 10
IX	1000	131	305	2	1488	(1464)	+ 24
	6803	782	1613	26	9224	(9264)	- 40

Nach Angabe der Sektionen stellte sich die Zahl der versicherten Personen wie folgt:

Sektion	1908		1907	
	Durchschnittl. Arbeiterzahl	Vollarbeiter*)	Durchschnittl. Arbeiterzahl	Vollarbeiter*)
I	2 393	2 530	2 296	2 519
II	6 450	7 218	8 059	6 850
III	6 005	6 306	6 005	6 376
IV	13 532	13 824	17 124	13 625
V	8 694	8 673	8 629	8 543
VI	28 681	30 917	23 732	31 106
VII	8 199	8 932	7 982	8 776
VIII	14 365	15 144	14 055	14 876
IX	17 623	19 414	17 285	19 013
	105 932	113 008	110 167	111 664

Der gesamte Versicherungsbestand stellt sich pro 31. Dezember 1908 auf:

1. Brauereien 6803 Betriebe mit 93 789 Personen
2. Mälzereien 782 „ „ 7 184 „
3. Biermiederlagen 1613 „ „ 4 919 „
4. Sonstige Betriebe 26 „ „ 100 „
5. Versicherte Unternehmer 43 „ „

9224 Betriebe mit 106 035 Personen

Die Zahl der gemeldeten Unfälle ist, wie bereits erwähnt, von 14 341 auf 13 704 zurückgegangen. Auf 1000 Vollarbeiter entfallen durchschnittlich 121 Unfälle. Ueber diesen Durchschnitt stehen die Sektionen Berlin mit 162, die Sektion Magdeburg mit 147 und Karlsruhe mit 138. Die niedrigste Unfallziffer hat im Durchschnitt die Sektion Nürnberg und Stralsburg mit je 78. Die Unterschiede sind ja enorm und werden im Bericht nicht näher erklärt.

Für die Behandlung der Verletzten in den ersten 13 Wochen des Unfalles verausgabte die Berufsgenossenschaft wieder eine große Summe und bleibt an der Spitze aller Berufsgenossenschaften

*) Auf einen Vollarbeiter sind 330 Arbeitstage zu 10 Stunden gerechnet.

in dieser Frage. Verausgabte wurden netto 89 581 Mk. gegen 86 604 Mk. im Jahre 1907. Davon verausgabte allein die Sektion Berlin 61 000 Mk. Ihr folgt dann die Sektion Dortmund mit 26 000 Mk., während die übrigen Sektionen nur geringe Summen hierfür verausgabten; so z. B. die Sektion München nur 36 Mk., Nürnberg 206 Mk. usw. Und die Erfolge?

In Heilbehandlung wurden 2052 Verletzte genommen und davon 186 schon in der Vorbehandlung glatt erledigt, die anderen den Sektionen weiter übertragen.

Entschädigt wurden nur 1531 Verletzte. Veranlassung dieser Unfälle war laut Bericht durch Motore, Arbeitsmaschinen 116 Unfälle, Fahrstühle usw. 47, Dampfessel 17, feuergefährliche Stoffe usw. 25, Zusammenbruch, Einsturz 154, Fall von Leitern und Treppen 303, beim Auf- und Abladen 325, durch Fuhrwerk überfahren usw. 320, im Eisenbahnbetrieb 12, durch Tiere 74, durch Handwerkszeuge verletzt 18, sonstige Ursachen 120. Als Art der Verletzungen wird angegeben: Verletzungen von Kopf und Gesicht 153 Fälle, von Armen, Händen und Fingern 645, Weinen und Füßen 458, andere und mehrere Körperteile zugleich 234.

Durch den Unfall wurden getötet: 118 Verletzte gegen 91 im Vorjahre. Völlig erwerbsunfähig verblieben 31, teilweise erwerbsunfähig 688 und vorübergehend erwerbsunfähig 694.

Beim Punkt Unfallverhütung erwähnt der Bericht, daß Professor Richter von der technischen Hochschule zu Karlsruhe die „bisher unerklärlich scheinenden Explosionen beim Richten mit den sogenannten Einspritzapparaten durch Nienenelektrizität entstanden sind, indem durch den überprügenden Funken zwischen dem Treibriemen der Einspritzpumpe und dem metallenen Abzugsrohr des Apparates die vorhandenen explosiblen Dämpfe zur Entzündung gebracht wurden“. Die Apparate würden jetzt geändert und die so folgenschwere Gefahr beseitigt. Wir wollen es auch hoffen. Viele schwere Unfälle seien auch „bei Benutzung von Fuhrwerken zu beobachten, die keinen genügend sicheren Sitz oder Fußstand und keine Fußtritte zum Besteigen des Wagens haben“. Auch das soll geändert werden. Diese Klagen werden sich aber jedenfalls wiederholen, und die Arbeiter müßten hier selbst den Mut haben, auf Abstellung dieser Mißstände zu dringen, zumal der Bericht selbst zugibt, daß dadurch die meisten tödlichen Unfälle sich ereignen.

Der Bericht zählt dann auf wieviel Klagen gegen Maschinenfabriken und auch Brauereien auf Schadenersatz nach dem Haftpflichtgesetz verloren gingen.

Mehr Glück hatte die Berufsgenossenschaft in ihrem Vorgehen gegen die Verletzten, und es wird erwähnt, daß der bereits im Vorjahre erwähnte Prozeß des Brauers E. gegen die Berufsgenossenschaft auf Zahlung des vollen Schadenersatzes, weil dieselbe von dem Arbeitgeber eine Rücklagversicherung an der Andrehstange des Motors nicht verlangt habe und dadurch der Unfall entstanden sei, vom Oberlandesgericht Frankfurt a. M. zugunsten der Genossenschaft erledigt wurde. Die Schiedsgerichte haben auch 89 Proz. aller Verurteilungen zugunsten der Berufsgenossenschaft und nur 11 Proz. zugunsten der Verletzten entschieden. Im Vorjahre hatten die Verletzten noch in 23 Proz. Fällen Erfolg.

Die Anträge der Verletzten auf Erhöhung der Rente wurden sogar in 96 Proz. der Fälle von den Schiedsgerichten abgelehnt.

Das Reichsversicherungsamt wollte auch nicht zurückstehen und hat von den Rekursen der Verletzten 370 zugunsten der Genossenschaft und nur 47 zugunsten der Verletzten entschieden. In den eigenen Rekursen hatte die Genossenschaft dagegen 97 Erfolge und nur 53 Mißerfolge.

Die politische Organisation der Unternehmer.

Seit Jahresfrist arbeiten die Drahtzieher der Unternehmer offen und im Geheimen an einem Werk, das nichts mehr und nichts weniger bezweckt, als die vollständige Eroberung der politischen Macht und damit die Rechtslosmachung der gesamten Arbeiterschaft.

Die sozialpolitischen Maßnahmen des Reichstages und der Regierung haben es den Unternehmern angetan, die den Arbeitern bewilligten Rechte in bezug auf die Wahlen, die Freizügigkeit, das Vereins- und Versammlungsrecht und die Arbeiterschutz- und Versicherungsrechte sind ihnen ein Dorn im Auge. Man möchte alle diese Dinge am liebsten beseitigt wissen. Aus der Artikelserie, die kürzlich von der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“ über die Frage der politischen Organisation der Unternehmer veröffentlicht worden ist, lassen sich diese schwarzen Pläne unschwer herauslesen.

Anfänglich war beabsichtigt, eine reine Arbeitgeberpartei zu gründen, und der faktisch bekannte Generalsekretär der Saar-Industrie und Syndikus der Handelskammer in Saarbrücken, Dr. Alexander Tille, hat für eine solche Partei mächtig Stimmung gemacht. Der erste Anstoß zur Gründung einer Arbeitgeberpartei ging von Mitgliedern des Metallindustriellenverbandes aus. Kommerzienrat Wenk-Mitsina, der stellvertretende Vorsitzende dieses Verbandes, brachte die Angelegenheit erstmals im März 1908 in einer Ausschußsitzung des Vereins deutscher Arbeitgeberverbände zur Sprache. Herr Wenk hat aber bald erkannt, daß eine reine Arbeitgeberpartei eine Utopie ist, die nie verwirklicht werden kann. Er verstand daher kurze Zeit nach seinem Vortrag an die Ausschußmitglieder ein Schreiben mit der Mitteilung, daß die geplante Organisation der gewerblichen Arbeitgeber nicht auf die Bildung einer neuen politischen Partei abziele. Später erklärte er in der „Arbeitgeberzeitung“, daß er von vornherein von der Schaffung einer reinen Arbeitgeberpartei Abstand genommen habe, weil

andere Berufsstände, mit Ausnahme der sozialdemokratischen Arbeiter, auch noch keine politischen Parteien gebildet haben.

Über der Gedanke eines „Bundes der gewerblichen Arbeitgeber“ zum Zweck der Sicherung einer entsprechenden Vertretung in den parlamentarischen Körperschaften und behufs Gewinnung von Einfluß auf die sozialpolitische Gesetzgebung wurde eifrig weiter erwogen, und bei Groß- und Kleingewerbetreibenden wurde hierfür Stimmung gemacht.

Mit der Devise: „Schutz den Arbeitgebern“ und dem Schlagwort von der angeblich politischen Einflußlosigkeit des Unternehmertums zog man ins Feld, um den Plan seiner Verwirklichung entgegenzuführen. Inwieweit die Saat der Mein, Tille und Konjarten schon Früchte getragen hat, läßt sich heute auch nicht annähernd sagen, sicher ist, daß der Plan weiten Weisfall in den Kreisen der Scharmacher gefunden hat.

Zur Sache bemerkt die „Arbeitgeberzeitung“ in der bereits erwähnten Artikelserie,

„daß das Unternehmertum in beispielloser Weise von der Regierung und den Reichstagsparteien mißachtet worden sei, daß diese verletzende Nichtachtung das Ansehen des Unternehmertums in der öffentlichen Meinung herabdrückt und die gewerblichen Interessen der Unternehmer sowie in weiterer Folge auch die nationale Gesamtheit empfindlich schädigt“.

Als Beweis für diese Behauptung wird der Verkauf der Einbringung und Beratung des Arbeitskammergesetzes ins Feld geführt. Das Blatt schreibt hierüber folgendermaßen:

„Hundert von Unternehmervereinigungen, die maßgebenden Zentralinstanzen von Handel, Industrie und Gewerbe voran, protestieren einmütig gegen die Annahme des Regierungsentwurfs. Der Reichstag aber geht über diesen Protest zur Tagesordnung über, ohne sich auch nur der Mühe einer Nachprüfung zu unterziehen, und entscheidet sich mit überwältigender Majorität grundsätzlich zugunsten der Vorlage! Geht es zuviel behaupten, wenn man dieses geschehenen Liebesdienst der Gegeneinigung des Unternehmertums für durchaus geeignet zur Verbreitung der Annahme erklärt, daß die gesetzgebenden Körperschaften den Wünschen des Unternehmertums nur darum keinerlei Beachtung zuteil werden lassen, weil ihnen von vornherein jede sachliche Berechtigung abzuspochen ist?“

Über das Arbeitskammergesetz war nur eins von den vielen Kapiteln, in denen mit Frakturchrift die gleiche nichtachtende Behandlung der Arbeitgeber zum Ausdruck gebracht wurde. Ebenso stand es in der Tat noch jedesmal, wenn der Reichstag über sozialpolitische Angelegenheiten zu beraten hatte; so, um nur einige besonders markante Vorfälle der letzten Zeit zu rekapitulieren, gelegentlich der Verhandlungen über die Gewerbegerichts-Novelle, über die Einführung von Arbeiterkontrollleuten über den Tarifzwang bei der Erteilung staatlicher Aufträge.

Nun dürfte es sich obendrein ereignen, daß binnen absehbarer Zeit dieser Reigen sozialpolitischer Experimente, die man zwar auf Kosten, andererseits aber ohne jede Befragung des Unternehmertums unternimmt, noch insoweit eine wesentliche Ergänzung erfährt, als sich aus der Einführung der Arbeitskammern nach Maßgabe der amtlichen Begründung der Gegeneinigung unbedingt eine Anzahl weiterer Unfälle zu gesetzgeberischer Betätigung des Reichsparlaments auf sozialpolitischem Gebiet herauszubilden müssen. Kann man es den Arbeitgebern angedächts dessen wirklich zumuten, daß sie nach wie vor, trotz aller Enttäuschungen, ihr Vertrauen darauf setzen, daß die Reichstagsparteien ihrer Interessen sich schon zur Genüge annehmen werden? Ist es nicht vielmehr ihr gutes Recht, ja ihre patriotische Pflicht, endlich zu selbständigem Handeln aufzuarbeiten und in aller Öffentlichkeit darzutun, daß sie es müde sind, noch länger zum Spielball parteipolitischer Spekulationen zu dienen?“

Kann eine Sache auch noch demagogischer hingestellt werden, als es hier durch die „Arbeitgeberzeitung“ geschieht?

Zunächst ist die Verbindung des Unternehmerinteresses mit den nationalen Gesamtinteressen eine bewußte Zurechtweisung der öffentlichen Meinung. Ein Klassenstaat, wie ihn Deutschland darstellt, kennt überhaupt kein nationales Gesamtinteresse, sondern nur einander direkt entgegenstehende Klasseninteressen, und den Unternehmern fällt es nicht im entferntesten ein, diese Gegensätze auszugleichen. Man will lediglich eine wirksame Wahrnehmung der besonderen kapitalistischen Unternehmerinteressen und benützt dazu das Schlagwort von den nationalen Interessen.

Wie sieht denn aber eigentlich die Nichtachtung der Unternehmer durch Reichstag und Regierung aus? Zunächst einmal sitzen im Reichstag eine ganze Anzahl von Fabrikanten, Direktoren oder sonstige Vertreter von industriellen Unternehmungen, die sicher nicht gegen ihre eigenen Interessen handeln, dann aber ist es doch Tatsache, daß sich fast alle bürgerlichen Parteien als Unternehmerparteien betrachten und betätigen und Stützen des Klassenstaates sind, der mit anderen Worten ein Unternehmerstaat ist.

Demensprechend sind alle Gesetze und Einrichtungen dem Unternehmerinteresse angepaßt, die Zoll- und Handelspolitik wie die Steuerpolitik, die Gewerbeordnung wie das neue Reichsvereinsgesetz, die Justiz, die Polizei, das Militär usw.; dem Interesse des Unternehmertums dient auch die soziale Gesetzgebung, über deren Lasten so viel geklagt und geschwänzelt wird.

Schließlich aber sind die organisierten Unternehmer von jeher diejenige gewesen, die ihre Wünsche und Forderungen unter allen Umständen durchsetzen oder aber wenigstens wirkliche sozialpolitische Forderungen nicht zur Durchführung kommen lassen. Wenn hat denn der verstorbene Minister von Bülow erklärt: Wir arbeiten ja nur für Sie! In wessen Sinn und Wunsch sind die Ruttamerischen Streikerlässe, ist das Sozialistengesetz entstanden? Wer hat eine ganze Reihe Minister gekürzt, weil sie sich nicht willfährig zeigten? Im Jahre 1896 mußte der Handelsminister Verlepfisch fliegen, weil er den Eingaben des Zentralverbandes deutscher Industrieller zur Gewerbeordnung und zum Gewerbe-

gerichtsgesetz kein Gehör ignierte. Drefsch, der Nachfolger von

Werkplatz, war anfangs der Mann der Zentralverbände, machte sich aber bald mißlieblich und mußte von Böllrich weichen. Doch auch dieser mußte die Ministerwohnung bald wieder räumen, weil er nach Ansicht der Herren Stamm, Bueck und Genossen die Interessen der Unternehmer gleichfalls nicht energisch genug verteidigte.

In seine Stelle trat Kosadowsky, der recht war, solange sich seine Anschauungen mit denen von Herrn Bueck deckten. Je mehr aber der ehemalige Vertreter der Agrarier und Scharfmacher den Wert der Sozialpolitik erkannte und seine Meinung offen aussprach, um so größer wurde der Riß zwischen dem Zentralverband und ihm, und schließlich brachten es die Unternehmer fertig, auch diesen Mißliebigen aus dem Wege zu räumen.

Und wie steht es heute mit dem Minister von Bethmann-Hollweg? Können die Unternehmer mit gutem Gewissen sagen, daß er ihren Interessen zuwiderhandelt? Gewiß nicht; denn er ist ein Herz und eine Seele mit ihnen; geht zum christlichen Arbeiterkongress und predigt Fleiß, Gottesfurcht, Mäßigkeit, Zufriedenheit, Mißt sich aber, in den Zusammenkünften mit dem Zentralverband daselbst zu tun, sondern preist die segensreiche Wirksamkeit des Zentralverbandes, die doch so oft Ursache zur Unzufriedenheit bei den Arbeitern gewesen ist.

Es kann nicht bestritten werden, daß das Kapital überall herrscht und seinen Einfluß ausübt, sei es nun im Reichstag oder im Bundesrat oder bei den Regierungsbehörden.

Es ist eine unglückliche Ähnlichkeit, wenn behauptet wird, daß das deutsche Unternehmertum politisch einflußlos sei und nicht beachtet werde.

Mit wie viel mehr Berechtigung kann diese Behauptung von der Arbeiterklasse aufgestellt werden! Die politische Stellung und erst recht der politische Einfluß der Arbeiter ist viel, sehr viel geringer als der der Unternehmer. In einer Reihe von Staaten ist ihnen durch ein vorläufiges Wahlrecht überhaupt keine Vertretung gesichert; das Wahlrecht der Massen zum Reichstag ist in vielen Wahlkreisen zu Ungunsten der Arbeiter verschoben durch die in sehr ungleichem Tempo erfolgte Bevölkerungszunahme. Und wie sieht es denn mit dem Einfluß der Arbeiter auf die Sozialpolitik aus. In den Berufsvereinigungen haben sie überhaupt nichts zu sagen, die Vereins- und Versammlungsfreiheit wird ihnen nach Möglichkeit beschnitten, auf dem Gebiet des Arbeiterschutzes sind sie auf die Gnade der Unternehmer angewiesen, wo es immer nur angeht, werden ihnen Steine in den Weg gelegt, die ihnen das Dasein verbittern und erschweren und alle wirklichen Fortschritte hemmen.

Aber da hilft alles nichts, die Unternehmer sind nun einmal unzufrieden, und der Gedanke der Eringung der politischen Macht ist auch zu schön, um nicht durchgeführt zu werden.

Die Gesetzgebungsmaßnahme fördert bis jetzt immerhin noch hier und da für die Arbeiter etwas zutage, und das muß aufhören.

Der Prüffstein der Unternehmer gegenüber den Kandidaten bei kommenden Wahlen wird also nur noch der sein, ob sie für Arbeiterforderungen an die Gesetzgebung eintreten oder für Unternehmerforderungen, welche letztere aber nichts anderes sind als Forderungen auf Abzug des Wahlrechts und Streikrechts, nach Entziehung der Arbeiter im Versetzungswege, nach vollständigem sozialpolitischem Stillstand und bezuglos Reaktionen, neuen Beschlüssen und Unterdrückungen der Arbeiterklasse auf allen Gebieten.

„Wer nicht mit uns ist, wäge sich von anderen Leuten in die Parlamente wählen lassen“, sagt Herr Merk vom Zentralverband der Industriellen. Diese Parole müssen auch die Arbeiter befolgen, sie müssen aber ferner doppelte und dreifache Anstrengungen machen, um die Organisation kriegsbereit zu machen. Dann werden sie die auf ihre Verfassung gerichteten Pläne der Scharfmacher vereiteln können.

Das Arbeitstammengesetz nach den Beschlüssen der Reichstagskommission.

Nachdem die 31. Kommission des Reichstages ihren Bericht über den Entwurf eines Arbeitstammengesetzes hat erscheinen lassen, läßt sich übersehen, welche Gestalt der Gesetzentwurf in der Kommission erhalten hat. Zweifellos ist er in einigen Tagen verabschiedet worden.

Wesentlichste ist zunächst die Änderung im § 2, der die Aufgaben der Arbeitstammern dahingehend präzisiert, daß sie beruhen sollen, den wirtschaftlichen Frieden zu pflegen, die gemeinsamen gewerblichen und wirtschaftlichen Interessen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer der in ihnen vertretenen Gewerbezweige sowie die auf dem gleichen Gebiete liegenden besonderen Interessen der beteiligten Arbeitnehmer wahrzunehmen, wozu die Kommission den Satz gefügt hat: „unter gleichmäßiger Berücksichtigung der Arbeitgeberinteressen.“

Wie ein Regierungskommissar in der Kommission ausführte, seien bei dem Gesetzentwurf für die Regierung zwei Gesichtspunkte maßgebend gewesen: Die Wahrnehmung und Geltendmachung berechtigter Interessen der Arbeiter auf gewerblichen und wirtschaftlichem Gebiete und sodann die Förderung eines gedeihlichen Verhältnisses zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Die Regierung machte also wenigstens den Schein, daß das Gesetz im besonderen Interesse der Arbeiter und der Verbesserung deren Lage geschaffen werden soll und nur insoweit es sich um gemeinsame Interessen der Unternehmer und Arbeiter handelt, sollen die Arbeitstammern auch dem Interesse der Unternehmer dienen. Das ist auch selbstverständlich, denn für die besonderen Interessen der Unternehmer sind ja die Handels- und Gewerbestammern da. Aber den Vertretern der Unternehmerinteressen in der Kommission lag nichts an dem Schein, daß die Arbeitstammern im besonderen Interesse der Arbeiter geschaffen werden sollen, sie beriefen sich auf die „Parität“, das Gesetz soll auch die besonderen Interessen der Unternehmer wahrnehmen! Zuweisen das geschähen soll und kann, wird erst die Praxis zeigen.

Denn neben den Erhebungen über die Arbeits- und Lebensverhältnisse der Arbeiter - was unter der Wahrnehmung der besonderen Interessen der Arbeiter gemeint ist - werden doch nicht auch Erhebungen über die Arbeits- und Lebensverhältnisse der Unternehmer gemacht werden sollen? Der Antragsteller - der den Satz von den „besonderen Interessen der Arbeiter“ zuerst geäußert haben wollte - behauptete, die Lohnaufbesserung und kürzere Arbeitszeit könnten gewissen Gewerben Deutschlands den Weltmarkt entziehen. Das behaupten die Unternehmer bei allen Lohnforderungen. Sollen nun etwa die Arbeitstammern auch Erhebungen über die Verhältnisse auf dem Weltmarkt veranstalten? Das geht nicht! Der Satz ist daher nur zu verstehen in dem Sinne, den ihm ein Redner gegeben hat: eine Spezialisierung der Aufgaben sei zweckmäßig für die Aufnahme und Beurteilung in der Verantwortlichkeit. Es ist aber sehr zweifelhaft, daß sich durch die Aufnahme dieses Satzes die Unternehmer nun für die Arbeitstammern erwarman werden. Im übrigen muß die Erfahrung lehren, ob die Änderung irgend eine praktische Bedeutung hat oder nicht.

Eine eigentlich ganz selbstverständliche Bestimmung hat die Kommission dem § 3 hinzugefügt: Die Arbeitstammern können Anträge über die gewerblichen und wirtschaftlichen Verhältnisse der in ihnen vertretenen Gewerbezweige in ihrem Bezirke selbstständig beantragen. Ohne dieses Recht hätten die Arbeitstammern auch gar keinen Sinn. Auf Anrufen der Beteiligten sollen die Arbeitstammern ferner beim Abschluß von Tarifverträgen

mitwirken, und sie sollen die Einrichtung von paritätischen Arbeitstammern „fördern“.

Eine wesentliche Verbesserung hat das Wahlrecht erfahren. Das Alter für die Wahlberechtigung wurde vom 25. auf das 21. Lebensjahr und das für die Wählbarkeit vom 30. auf 25. herabgesetzt. Außerdem wurde bestimmt, daß wählbar auch solche Personen sind, die wenigstens drei Jahre hindurch den Gewerbezweigen, für welche die Arbeitstammern errichtet sind, als Arbeitgeber oder Arbeitnehmer angehört haben und seit mindestens einem Jahre im Bezirk der zuständigen Arbeitstammern wohnen. Dadurch ist es möglich gemacht, daß auch die Gewerkschaftsbeamten in die Arbeitstammern gewählt werden. Und das ist die wesentlichste Verbesserung, die vorgenommen worden ist. Die Gewerkschaftsbeamten sind die eigentlichen Vertrauensleute der Arbeiter in gewerblichen Angelegenheiten, sie haben die größte Erfahrung und ohne sie lassen sich Arbeitstammern überhaupt nicht denken. Denn entscheidend für alles das, was eine Arbeitstammer eventuell tun kann, ist in letzter Linie doch das Stärke- also Machtverhältnis der beiderseitigen Organisationen. Die Unternehmer haben aber hier eine ganz unerbittliche Bevorzugung erfahren. Denn als Arbeitgeber sollen auch solche Personen gewählt werden können, die mindestens ein Jahr als Vorsitzende oder Beamte beruflicher Organisationen der Arbeitgeber im Bezirk tätig sind. Es können also als Vertreter der Unternehmer auch Personen gewählt werden, die nie im Gewerbe tätig waren, während Arbeitstammern mit akademischer Vorbildung z. B. nicht wählbar sind. Beantragt war in der Kommission, daß auch die für die beruflichen Organisationen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber tätigen Beamten und Vorstandsmitglieder wählbar sein sollen, ganz einverleitet, ob sie im Bezirke der Arbeitstammern wohnen oder nicht. Das wäre das allein wichtige gewesen. Indes ist es immerhin eine wesentliche Verbesserung, daß die Gewerkschaftsbeamten gewählt werden können. In der Regel sind die Angestellten der Gewerkschaften auch zuvor im Gewerbe tätig gewesen, die Angestellten der Unternehmerorganisationen dagegen fast nie. Aber eben deswegen lag erst recht kein Grund vor, den Arbeitern nicht dasselbe Recht zu gewähren, das man den Unternehmern zubilligte.

Die übrigen Änderungen sind untergeordneter Art. Weitere Verbesserungen zu erzielen, ist nicht gelungen. Techniker, Handlungsgeschäfte, die Arbeiter in allen Handelsgeschäften und Apotheken bleiben wie die Arbeiter in der Land- und Forstwirtschaft, die Eisenbahnarbeiter und die Arbeiter in Betrieben, die unter der See- oder Marineverwaltung stehen, von den Arbeitstammern ausgeschlossen.

Für das Gesetz in dieser Form scheint nun im Reichstage eine Mehrheit vorhanden zu sein. Wann es indes zur Erledigung kommen wird, ist noch nicht abzusehen. Ueber die Bedeutung dieser Art von Arbeitstammern gehen sich die organisierten Arbeiter keinerlei Illusionen mehr hin. Die gewerkschaftlichen Organisationen bleiben nach wie vor die besten „Kammern“ der Arbeiter, die ihre Interessen wahrnehmen.

Der österreichische Verband der Brauereiarbeiter, Faßbinder und verw. Berufe

hielt seinen zweiten Verbandstag vom 20. bis 22. Mai im Arbeiterheim in Wien ab. Anwesend war von der Reichsgewerkschaftskommission Genosse Lueber, von unserem Verband Kollege Ebel, vom schweizerischen Verband Kollege Schifferstein-Basel. Aus dem Bericht des Vorstandes und dem Tätigkeitsbericht für die Jahre 1907 und 1908, vom Verbandsobmann, Kollegen Supper, erstattet, ist folgendes zu entnehmen:

In den Jahren 1905 und 1906 war ein bedeutender Zuwachs von Mitgliedern zu verzeichnen: In den letzten zwei Jahren stieg die Anzahl der Mitglieder langsam. Von 10 082 Mitgliedern am 1. Januar 1907 ist der Verband auf 12 041 am 1. Januar 1908 und auf 12 342 am 1. Januar 1909 gestiegen, das ist im Jahre 1907 um 2011, im Jahre 1908 gegen das Vorjahr um 301. Das langsamere Steigen der Mitgliederzahl ist dadurch zu erklären, daß in den deutschen Ländern bereits ein ziemlich hoher Prozentsatz der Beschäftigten organisiert ist, wogegen im eigentlichen Reichland Österreichs, in Böhmen u. a., der Prozentsatz noch niedrig ist. Die nationalen Strömungen stellen sich einer wirksamen Agitation hinderlich in den Weg; es wird die Aufgabe des Vorstandes sein, künftighin mit aller Macht an die Organisation der Kollegen in Galizien und die Bukowina zu brach. In ganz Oesterreich sind 26 920 Brauereiarbeiter beschäftigt, davon sind im Verband 38 Proz. organisiert.

Aus dem Rechnungsabluß ist zu ersehen, daß die Ausgaben in höherem Maße steigen als die Einnahmen. Im Jahre 1907 betragen die Gesamteinnahmen 202 370,06 Kronen, die Gesamtausgaben 129 678,31 Kronen; Geharungsüberschuß 72 691,75 Kronen. Im Jahre 1908 an Gesamteinnahmen 251 584,06 Kronen, Gesamtausgaben 206 756,36 Kronen, Geharungsüberschuß 44 827,70 Kronen. Der Geharungsüberschuß war daher im Jahre 1908 um 27 864,05 Kronen niedriger als im Jahre 1907. Der Ueberschuß betrug im Jahre 1907 35,8 Proz. der Einnahmen, im Jahre 1908 hingegen nur 17,8 Proz. Die Gesamteinnahmen sind um 49 214 Kronen, die Ausgaben um 77 078,05 Kronen im Jahre 1908 gegen das Vorjahr gestiegen. Die erhöhten Ausgaben sind nur auf das Unterstützungskonto zu legen, die anderen Ausgaben haben sich nicht wesentlich erhöht. Im Jahre 1907 wurden von den Einnahmen 64,1 Proz. im Jahre 1908 84,1 Proz. wieder ausgegeben.

Der Arbeitsvermittlung wurde die notwendige Aufmerksamkeit zugewendet. Ein Vergleich der statistischen Tabellen für die Jahre 1907 und 1908 ergibt eine steigende Tendenz in der Benützung der Arbeitsvermittlung durch die Unternehmer. Zufriedenstellend funktioniert die Arbeitsvermittlung in Wien, die in Graz und Prag ist noch nicht ausgebaut; der Verbandsvorstand bemüht sich, in allen Orten, in denen Sekretariate und Landesvertrauensmänner ihren Sitz haben, Arbeitsvermittlungen zu errichten.

Die Unternehmer sind wohlgerüstet, durch hohe Beiträge haben sie einen bedeutenden Vorrat an Geld angesammelt. Die Beiträge, die im Schutzbund zu zahlen sind, betragen 5 Heller pro Hektoliter, das heißt, eine Brauerei, die 100 000 Hektoliter jährlich erzeugt, hat 5000 Kronen Beitrag zu zahlen. In einer Sitzung wurde beschlossen, einen Reichsfaßbinderverband zu gründen. Derart gemappnet, gedenken die Herren den Kampf mit den Arbeitern aufzunehmen.

Die in Prag bestehende tschechoslawische Organisation der Brauer hat sich in einen tschechoslawischen Verband der Brauereiarbeiter, Faßbinder und verwandter Berufe Oesterreichs umgewandelt. Dieser Verband steht uns feindlich gegenüber. Wir behandeln seine Mitglieder als nichtorganisierte Arbeiter. Eine Intervention bei der Prager Gewerkschaftskommission in dieser Angelegenheit hatte keinen Erfolg.

Nach einer Debatte, die sich hauptsächlich mit dem schädlichen Verhalten des tschechoslawischen Verbandes beschäftigt, sprach Genosse Hueber dem Verband für seine Tätigkeit die Anerkennung aus. Der Fortschritt der Organisation und ihre Leistungsfähigkeit müssen um so höher bewertet werden, wenn man bedenkt, daß die Arbeiter hier nicht etwa kleinen Tischler- oder Schustermeistern gegenüberstehen, sondern Millionären, Fürsten und Grafen. Zu den Ausführungen der Redner übergehend, drückt Redner seine Freude darüber aus, daß die verhängnisvolle Tätigkeit der tschechoslawischen Organisation den scharfen Widerspruch gerade in Böhmen und Mähren gefunden hat. Die Organisation des tschechoslawischen Brauereiarbeiterverbandes ist mit Recht als eine arbeitserfeindliche bezeichnet worden. Besonders zu verurteilen ist es, daß der tschechoslawische Verband mit niedrigeren Beiträgen hanthiert. Während beim Reichsverband der Beitrag pro Mitglied und Jahr 14 Kronen beträgt, macht er beim tschechoslawischen Verband 10 Kronen aus. Es steht nun so aus, als ob damit den Ar-

beitern nur gesagt werden sollte: „Seht, wir machen es billiger!“ Diese Praxis und Zersplitterung sind ein Unglück für die Arbeiterschaft Oesterreichs und dieses Unglück lastet schwer auf der gewerkschaftlichen Organisation. In einer Zeit, wo Beschmittene und Unbeschmittene, Deutsche, Tschechen, Polen und Italiener als Unternehmer der Arbeiterschaft einig und geschlossen gegenüberstehen, finden wir eine politische Richtung in unseren Reihen, die das, was wir besitzen, zerteilt und die gewerkschaftlichen Errungenschaften einer nationalen Ideologie preisgeben will. Genosse Hueber begrüßte es, daß das Kampffeld für diese separatistischen Bestrebungen sich nicht in Wien, sondern in Böhmen und Mähren gebildet hat, und daß es tschechische Parteigenossen sind, die dagegen Stellung nehmen. Wir werden sie bei dieser Aufklärungsarbeit unterstützen, denn wir sind alle einig in dem Gedanken des Ausbaues unserer gewerkschaftlichen Organisation.

Ueber die Presse referierten Supper (deutsch) und Bina (tschechisch). Hierbei wurde auch über einen Antrag der Ortsgruppe Pilsen verhandelt, die Fachblätter wöchentlich erscheinen zu lassen und die Redaktion des „Svoboda List“ nach Prag zu verlegen. Ein Antrag der Ortsgruppe Bozen, daß das Verbandsblatt alle zehn Tage erscheinen solle, wurde von den Antragstellern zurückgezogen, nachdem sich die Referenten dagegen ausgesprochen hatten.

Kollege Sabich referierte über den Kampf in Böhmen in ausführlicher Weise. Er beschäftigte sich dabei hauptsächlich mit den Ursachen und dem Verlauf dieser Bewegung. Der Kampf wurde durch den zweimaligen Wortbruch der Unternehmerorganisation hervorgerufen und durch die Scharfmacherei des Direktors des Schutzbundes der Brauereien, Zverina. Als die Brauereier sogar die Arbeiter wegen ihrer Zugehörigkeit ihrer Organisation ausschloßen, mußte der Verband eingreifen; es kam zu einem Kampf, wie ihn die Organisation bisher noch nicht geführt hatte. Der Schutzbund erklärte, mit der Organisation der Arbeiter nicht zu verhandeln. Den Unternehmern kam die ganze bürgerliche Gesellschaft und ihre käufliche Presse zu Hilfe. Auch die Behörden, die Genbarmerie und die Gerichte stellten sich an die Seite der Unternehmer. In Brauereien wurden Genbarmeriekasernen mit vorzüglichem Küchen eingerichtet. Die Gerichte verurteilten die Streikenden zu den höchsten Strafen, während die Streikbrecher für schwerste Körperverletzung mit gelinden Arreststrafen davonkamen. In dieser Hinsicht zeichnete sich namentlich ein Reichsberger Richter aus, der bis dahin noch Funktionär eines deutschnationalen Vereins war. — Der Redner gedenkt dankbar der Hilfe der organisierten Arbeiterschaft in diesem Kampfe und tadelt die Nachlässigkeit und Gewissenslosigkeit, die manche Streikenden zeigten. Er warnt dringend vor Ueberschätzung des Bierhohofes, welche Waffe er erst als letztes Mittel im Lohnkampf bei Brauereiarbeitern bezeichnet. Die Brauereiarbeiter müssen in erster Linie auf ihre Organisation vertrauen und diese festigen und dürfen auch nicht bezweifeln, aus dem befohlenen Kampf die nötige Lehre zu ziehen.

Verbandsobmann Supper sagt, daß die Organisationen mit dem Bierhohof sehr vorsichtig umgehen müssen, nachdem nachgewiesen ist, daß manche Brauereien in Zeiten schlechten Geschäftsganges den Wohlstand geradezu probieren wollen, um die Unterstützung des Schutzbundes zu genießen. Der Schutzbund hat feinerseit den Beschluß gefaßt, den Obmann des Verbandes der Brauereiarbeiter zu Verhandlungen einzuladen, bei denen Differenzen auszugetragen sind. Aber Herr Zverina ist bisher aus den schon erwähnten Gründen dem Beschluß nicht nachgekommen.

Genosse Heinrich Beer hielt hierauf einen außerordentlich interessanten und instruktiven Vortrag über die Sozialversicherung. Er besprach in eingehender Weise ihre Organisation, die Ausdehnung der Versicherung, die Belastung der Krankenkassen durch sie, die Invaliditäts- und Unfallversicherung usw. Er verwies dabei darauf, daß die Reinde, die offenen und verdeckten, das Geschäftsbüro schon jetzt ihre Wunden legen, um die Sozialversicherung zu Falle zu bringen, obwohl ihre Lasten zum größten Teil von den arbeitenden Massen selbst aufgebracht werden müssen.

Nach einer lebhaften Debatte über die Änderung der Statuten und Geschäftsordnung wurde ein Antrag des Vorstandes auf Erhöhung der Mitgliedsbeiträge um 10 Heller angenommen. Von nun an beträgt der Mitgliedsbeitrag in der 1. Klasse pro Woche 60 Heller (40 Heller Verband, 20 Heller Dispositionsfonds); in der 2. Klasse pro Woche 40 Heller (20 Heller Verband, 20 Heller Dispositionsfonds); in der 3. Klasse pro Woche 30 Heller (20 Heller Verband, 10 Heller Dispositionsfonds). Die 3. Klasse wurde neu geschaffen. Angenommen wurden ferner folgende Bestimmungen: Der Eintritt in die 2. Klasse ist nur ungelerten Hilfsarbeitern gestattet, deren Lohn, inklusive Bierrelutum, in barem Gelde ausbezahlt wird und 20 Kronen wöchentlich nicht übersteigt. Der Eintritt in die 3. Klasse ist nur weiblichen Hilfsarbeitern gestattet. Es steht selbstverständlich jedem frei, beim Eintritt oder auch später in eine höhere Klasse überzutreten. Die Weiterzahlung ist Mitgliedern, die länger als zwölf Wochen mit den Beiträgen im Rückstand sind, ausnahmsweise und nur vom Verbandsvorstand zu bewilligen. Weiter wurden angenommen ein Antrag des Vorstandes, daß die Unterstützungsanträge für die Arbeitslosen- und Reiseunterstützung die gleichen bleiben und die Mitglieder der 2. und 3. Klasse gleich hohe Unterstützungen erhalten. Der Anspruch auf die Arbeitslosenunterstützung beginnt erst mit dem achten Tage der Arbeitslosigkeit und wird sie im nachhinein ausbezahlt. Die Hinterbliebenenunterstützung beträgt nach dreijähriger Mitgliedschaft 1. Klasse 50 Kronen, 2. Klasse 30 Kronen, 3. Klasse 30 Kronen; nach fünfjähriger Mitgliedschaft 1. Klasse 75 Kronen, 2. Klasse 45 Kronen, 3. Klasse 40 Kronen; nach zehnjähriger Mitgliedschaft 1. Klasse 100 Kronen, 2. Klasse 60 Kronen, 3. Klasse 50 Kronen.

Angenommen wurden die folgenden Anträge des Vorstandes: „In der Regel soll die Streifenunterstützung die Höhe der Arbeitslosenunterstützung nicht überschreiten.“ „Der Beitrag zum Solidaritätsfonds ist aus der Verbandskasse, und zwar aus dem außerordentlichen Unterstützungsfonds an die Gewerkschaftskommission zu zahlen.“

Kollege Stöcker besprach sodann die Lage der Brenneiarbeiter, von denen ein großer Teil heute noch außerhalb der Organisation steht. Er beantragte folgende Resolution:

Der Verbandstag erkennt an, daß die Brauereiarbeiter in erster Linie berufen sind, die Brenneiarbeiter zu organisieren; er verpflichtet die Ortsgruppen und die Zahlstellenleiter sowie alle Vertrauensmänner des Verbandes, überall, wo sich Gelegenheit bietet und wo sich Freyhof- oder Spiritusfabriken befinden, eine rege Agitation zu entfalten, um die Brenneiarbeiter für die Organisation zu gewinnen.

Die Resolution wurde unter Beifall angenommen.

Kollege Erl sprach den Wunsch aus, daß es auf dem nächsten Gewerkschaftskongress gelingen möge, das Prinzip der Schaffung von Industrieverbänden zu verwirklichen, damit die nationale und berufliche Zersplitterung von kleineren Organisationen in kleineren Orten vermieden werde. Eine von ihm beantragte Resolution in diesem Sinne wurde angenommen.

Die Verhandlungen des Verbandstages gaben Zeugnis davon, daß unsere österreichischen Kollegen in der kurzen Zeit, seitdem der Gedanke der Erziehung der Organisation zum Durchbruch gekommen ist, Großes geleistet haben. Sie haben sich nicht nur eine achtunggebietende Stellung innerhalb der österreichischen Gewerkschaftsbewegung errungen, sondern es war dem Verband auch möglich, für die Berufsarbeiter Vorteile zu erringen, woran man vor wenigen Jahren gar nicht zu denken wagte. Die Konzentration des Kapitals und die Erhaltung der Unternehmerverbände brachte die österreichischen Kollegen ohne Unterschied der Nationalität zu der Erkenntnis, daß eine weitere Stärkung der Kriegskasse notwendig ist. Bei den teilweisen noch außerordentlich schlechten Lohnverhältnissen ist es erklärlich, daß ein Teil der Delegierten gegen eine Beitrags-erhöhung war, obwohl sie sich der Notwendigkeit einer solchen nicht verschließen konnten. Sie wurde schließlich gegen elf Stimmen an-

genommen. Sämtliche Delegierte, welche dagegen gestimmt hatten, erklärten nach der Abstimmung, ihre Wähler von der Notwendigkeit der Vertragsverhandlung zu überzeugen.

Von besonderem Interesse war der Bericht über den Kampf in Böhmen. Er zeigte, wie ein solcher Kampf heutzutage gegen das organisierte Unternehmertum ganz anderer Erwägungen bedarf, als noch vor wenigen Jahren, daß es insbesondere wichtig ist, die Vorbereitungen zu einem solchen in allen Einzelheiten zu treffen. Ingenau und nicht den Tatsachen streng entsprechende Berichte können geradezu verhängnisvoll werden, weil die Leiter des Kampfes dadurch irreführt und leicht falsche Dispositionen getroffen werden. Der Kampf wurde mit Geschick und großer Ausdauer geführt. Er schwert wurde er durch die anfänglich fast unmaßige Beschaffung hochfaktischer Bieres, eine Erscheinung, welche immer mehr hervortritt. Daß die Verbandsleitung des österreichischen Bräuerverbandes versuchte, die Wirkung der Unterbindung jeglichen Bierbezuges zu paralisieren, ist deshalb leicht erklärlich und man erachtet in der Eigenproduktion das einzig wirksame Mittel. Nur gewisse unworhergesehene Schwierigkeiten und die schließlich Beilegung des Kampfes durch einen annehmbaren Vergleich waren die Ursache, weswegen im letzten Augenblick von dem Verkauf und Betrieb einer Brauerei Abstand genommen wurde. Die Analogie dieses Vorgehens mit dem Vorgehen unseres Verbandes in einer ähnlichen Situation ist kennzeichnend, aber erklärlich. Je schärfer die Waffen werden, mit denen das organisierte Unternehmertum die Bestrebungen der Arbeiterschaft bekämpft, desto mehr muß eben diese dazu kommen, ihrerseits wieder neue Waffen zu schmieden, um es treffen zu können.

Die erfreuliche Erscheinung des Verbandstages war das einmütige Zusammenarbeiten aller Delegierten und ihr Bestreben, dem Wohle und der Stärkung des Verbandes zu dienen. Man hatte die erhebende Empfindung, daß zwischen den aufgeklärten Brauereiarbeitern in unserem Bräuerverband keine künstlichen Schranken aufgerichtet sind, daß der Tscheche so gut wie der Deutsche erkennt, daß das Unternehmertum nicht nach der Nationalität fragt, sondern nur danach, wer sich am willigsten ausbeuten läßt. Daß es möglich war, unter den organisierten Kollegen Österreichs den vorhängnisvollen Nationalitätenhaß zu beseitigen, ist wohl einerseits der klugen Leitung des Verbandes zuzuschreiben, aber vor allem ist es die praktische Wirkung des Beschlusses des österreichischen Gewerkschaftskongresses, welcher den Verband der Brauereiarbeiter als die für in der Brauerei tätigen Arbeiter aller Nationen allein zuständige Organisation anerkannt hat. Daher die Möglichkeit, strenge Disziplin zu halten und störende Einflüsse auf die Organisation fernzuhalten. In dieser Hinsicht kann der österreichische Verband zuversichtlich in die Zukunft blicken, so dunkel sie auch aussieht. Der österreichischen Brauindustrie droht ebenso wie der deutschen eine gewaltige Erhöhung der Brauersteuer wodurch zweifelsohne die Arbeiter schwer getroffen werden. Den ersten Schritt, um die Folgen abzuwehren, hat der Verbandstag durch Stärkung der Kampfsmittel getan, die weiteren Maßnahmen werden nicht durch eine unheilvolle Zersplitterung beeinflusst wie bei uns und so ist zu hoffen, daß unser österreichischer Bräuerverband weiter, wie es bisher geschehen ist, von Erfolg zu Erfolg schreiten wird.

Bewegung im Berufe.

Lohnbewegungen. — Tarifverträge. — Differenzen.

† Zugzug ist fernzuhalten nach Mainz, Groß-Gerau, Vörsach und Silberdorf b. Chemnitz.

† Vorkontiert ist der „Doornlaan“-Schnaps und die Kornbranntwein-Brennerei Fr. Degens Nachfolger, Inhaber u. Stegemann Söhne, Nordhausen.

† Chemnitz-Silberdorf. Streik. In der Waldfischlöcherbrauerei, Inhaber Kurt u. Martin Weber, haben die Kollegen die Arbeit wegen Lohnunterschieden niedergelegt. Unsere Organisation hatte von Herrn Weber die Anerkennung des Tarifes für die Chemnitzer Kleinbrauereien, bestehend seit 3. Juni 1908, verlangt. Schon im vorigen Jahre bestanden es die Herren Weber, sich um die Anerkennung des Tarifes zu drücken, indem sie auf ein Jahr einigen Arbeitern eine Zulage von 1 Mk. pro Woche gewährten. In diesem Jahre glauben die Herren mit demselben Trick durchzukommen und wollen zwei Mann je 1 Mk. zulegen, dagegen einen Tarif nicht unterschreiben. Nicht eigentümlich sind die Ursachen, weshalb die Herren Weber nicht wie andere Brauereier Verträge mit den Arbeitern abschließen „können“. Sie sind so vielseitig in ihrem Betriebe, denn nach eigener Angabe betreiben sie „Brau- und Leinwandweberei, Galhof, Restauration, Brauerei, Lohnfuhrwerk und Bauwesen“. Es wird wohl keinem Menschen verständlich sein, daß Unternehmer, die die Ausbeutung so vieler Betriebsformen verstehen, den ebenso vielseitig tätigen Arbeitern den Tarif zu verweigern. Den Organisationsvertretern gegenüber zeigten sich die Herren Weber stets sehr abweisend, eine bestimmte Zeit für Tarifverhandlungen gaben sie nicht an, einmal war für diese Woche, dann hatten sie für den ganzen Monat keine Zeit zum Verhandeln. Nachdem nun die Arbeiter diese Verschleppung nicht mehr mitmachen, stellte es sich heraus, daß die Herren Weber überhaupt an einer Tarifabschließung nicht denken. Von unerfüllbaren Forderungen kann nicht die Rede sein, es wurde nur das verlangt, was andere Brauereier gleicher Größe in Chemnitz und Umgegend seit Jahresfrist gewöhnt. Sogar da sind noch einige abgemessene Zugeständnisse von den Arbeitern gemacht worden. Die Herren Weber können es eben von ihrem Herrenstandpunkt aus nicht über sich gewinnen, einen Tarifvertrag mit der Organisation abzuschließen. Zugzug nach Silberdorf ist fernzuhalten!

† Detmold. Tarifvertrag. Die schon berichteten Erfolge, die durch Abschluß des Tarifvertrages mit der Brauerei Falkenberg erzielt wurden, waren in voriger Nummer nicht erschöpfend wiedergegeben. Als wesentliche Errungenschaften sind noch anzuführen, daß die bisher bestehenden Monats- und teilweise Tageslöhne in Wochenlöhne umgewandelt wurden. Weiter bestand noch für die Bierfahrer der unheilvolle Zustand, daß sie jeden Morgen 1 bis 1 1/2 Stunden früher wie die übrigen Arbeiter erscheinen mußten, um ihre Pferde zu füttern und zu püsen, und wenn sie abends um 6 Uhr zu Hause waren, mußten sie bis 8 Uhr bleiben, um ihre Pferde wieder abzufüttern. Dieses fällt nun für sie fort, weil es dem Nachtmacher übertragen ist. Ferner wird Sonntags Dujour mit 3 Mark, nicht mit 1 Mark bezahlt, und Strafzinsen nach 6 Uhr abends werden als Ueberstunden bezahlt. Auch erhält jeder Arbeiter einen Urlaub von 4 Tagen jährlich ohne Lohnabzug.

† Elberfeld-Barmen. Eine äußerst statt besuchte Versammlung am 10. Juni beschäftigte sich mit dem Vorgehen der Brauerei Geseberg. Der Referent Frank betonte, daß man es heute schon sehen könne, daß die Unternehmer die geplante Brauereierhöhung heute schon auf die Schultern der Arbeiter abwälzen durch die kolossale Sparanleihe an Arbeitskräften, obwohl der Geschäftsgang ein guter zu nennen ist. Dieses trete nun in der Brauerei Geseberg besonders zutage. Wenn man heute näheren Einblick in diesen Betrieb hält, so kann man einen humanen Firma, als was sie noch bis vor kurzem auch in unseren Reihen galt, keine Rede mehr sein, denn Sparanleihe auf Kosten der Arbeiter in jeder Beziehung, Verträge gegen tarifliche Abmachungen und dergleichen sind nun in Mode gekommen. Auffällig ist die Ausstellung dort in diesem Jahre. Statt wie in sonstigen Jahren zwei, stellte man in diesem Jahre drei Mäler aus, wobei man überdenkenswert die Firma macht, die nicht stichhältig ist. Man wollte eben die Organisation nicht erstarren lassen, wie Herr Geseberg schon im Herbst bei der Einstellung des Kollegen Kunze, den man jetzt unbekümmert um seine Familie dem Hunger preisgibt, zum Ausbruch brachte. Man hatte eine

Liste angefertigt, wo die Organisierten auf der einen Seite und die dem Unternehmer Kausreicherdienste leistenden Bundesgenossen auf der anderen Seite bezeichnet waren, und unserm Vertrauensmann erklärt, daß der erst Eingestellende ein Bundesmitglied sein müsse, da wir sonst als Organisierte einen Mann mehr im Betriebe zu verzeichnen hätten als die Herrn Geseberg so lieb gewordenen Stängelchen, und was die Firma dann machen sollte, falls wieder einmal eine Aussperrung oder dergleichen vorkäme. Obwohl nun der Kollege Kunze schon 2 Jahre hier vorgeerbt war und sechs Wochen früher eingestellt wurde als die zwei Bundesmitglieder, sollte er an zweiter Stelle rangieren und im Frühjahr dem einen Bundesgenossen platzmachen, den man sich von auswärts herangezogen hatte. Als man natürlich von unserer Seite hiergegen Einspruch erhob, wurden einfach 3 Mann entlassen, angeblich wegen Arbeitsmangel. Ob nun Arbeitsmangel vorhanden ist, überlassen wir den Lesern selbst, denn wenn man sieht, wie dort die Arbeitszeit festgesetzt wird, so kann wohl von Mangel an Arbeit keine Rede sein. Der eine muß um 4 Uhr, der andere um 5 bis 7 1/2 Uhr, und die anderen um 6 Uhr morgens die Arbeit beginnen, so daß eine Gesamtarbeitszeit von 14 Stunden herauskommt, obwohl nur eine 12stündige Präsenzzeit im Tarif vorgegeben ist. Und betrachtet man sich die Arbeitszeit im Maschinengeschäft, so sieht man, daß täglich Ueberstunden auf Ueberstunden gemacht werden, ja sogar bis 28 1/2 Stunden pro Woche und Arbeiter, und da auf der anderen Seite Ueberstundenzahlung. Natürlich durfte auch hier der Bundesverein nicht außer Betracht bleiben, und der so gut bekannte Stellenvermittler Melzer hat hier sein Nützlichstes getan; er ließ sogar die Neuerung fallen, als seine Getreuen abziehen mußten, daß das nicht schlimm sei, „da ja der von ihnen so gehasste Kollege Kunze auch herausmühte und daß der in Elberfeld-Barmen seine Arbeit mehr bekommt, da für sei gesorgt. So offenbar sich die gemeinsamen Pläne der Unternehmer und Gehlen. In der Diskussion wurde noch betont, wie Herr Geseberg es fertig bringen könne, den Vertrauensmann zu beauftragen, die Redner zu erlösen, wahrheitsgetreu zu berichten. Man war der Ansicht, daß diese Meinung nach der anderen Seite viel besser angebracht sei. Beschlossen wurde, nochmals an Herrn Geseberg heranzutreten und ihn zu ersuchen, ob er das frühere Versprechen aufrecht erhalten wolle. Leider ist auch der letzte Versuch, die Sache gütlich beizulegen, gescheitert, deshalb sind wir gezwungen, die Sache der Öffentlichkeit anheimzugeben und wird diese erkennen können, wer der Friedensförderer ist.

† Hagen. Eine öffentliche Brauereiarbeiterversammlung am Donnerstag, 17. Juni, beschäftigte sich mit dem gegenwärtigen Stand der Lohnbewegung. Bekanntlich sind die hiesigen Brauereien gewillt, die Forderungen der Arbeiter in ihren wesentlichsten Punkten anzuerkennen, und wurde auch eine lokale Einigung erzielt, aber der scharfmacherische Vorkontingentsverband sucht letztere zu hintertreiben, indem er verlangt, daß die neuen Vereinbarungen nicht von Organisation zu Organisation, sondern zwischen den Brauereien und den einzelnen Arbeitern getroffen werden. Da aber die Arbeiterorganisationen schon trübe Erfahrungen mit der Vertragsstrenge der einzelnen Brauereien gemacht haben, können sie sich darauf nicht einlassen. Als Referent war der Verbandsvorsitzende Ebel erschienen. Er erörterte zunächst das Verhalten des Vorkontingentsverbandes während der großen Bewegung im Jahre 1905 und sprach dann in eingehender Weise, die am Versammlungstage in den Vertretern des Vorkontingentsverbandes und dem Brauereiarbeiterverband im Beisein des Vorsitzenden des Gewerkschaftskartells Genossen Feh, gepflogenen Verhandlungen, in denen es sich in der Hauptsache um die Anerkennung der Organisation gehandelt hatte. Glücklicherweise habe der Egoismus der hiesigen Kollegen, worauf die Arbeitgeber spekulierten, noch nicht über den Idealismus derselben gesiegt, dieselben geben nicht um einen Judaslohn ihre Organisation preis. Wenn das Unternehmertum im Prinzip verlange, daß der einzelne nicht mit der Arbeiterschaft verhandeln dürfe, so sei es Pflicht der organisierten Kollegen, genau in demselben Maße an ihren Prinzipien festzuhalten. Und sei es ein Kampf um Prinzipien, der sich anscheinend hier entwickeln wird, wenn nicht noch in letzter Stunde eine Einigung zustande kommt. Mit der Aufforderung an die Versammelten, bei dieser Bewegung unter allen Umständen ihren Mann zu stellen und, wenn es sein muß, den Kampf aufzunehmen im Interesse der Organisation, schloß Ebel unter großem Beifall seine Ausführungen. In der anschließenden Diskussion ließ Gauleiter Brülling nochmals die früher gepflogenen Verhandlungen Revue passieren und betonte, daß die Brauereiarbeiter nun sich samt und sonders des Vertrauens der Arbeiterschaft würdig zeigen und der politischen Bewegung sich anschließen sollten. Mit der weiteren Taktik und Stellungnahme der Lohnkommission waren die Anwesenden voll und ganz einverstanden, und schloß der Vorsitzende mit einem begeisterten aufgenommenen Hoch auf den Verband, die von großem Kampfesmut getragene, stark besuchte Versammlung.

† Vörsach. Streik. Die Kollegen der Brauerei Lasser stehen seit dem 7. Juni in Streik. Die Ursache ist, daß Herr Lasser versuchte, die Organisation im Betriebe ungeschädlich zu machen. Schon vor ungefähr drei Monaten wurde die Stelle des Geschäftsführers mit einem von auswärts herangezogenen gewesenen Braumeister besetzt. Die Kollegen hielten sich darüber nicht auf. Nun wurde aber der erste Abfüllerposten in der gleichen Weise mit einem gewesenen Braumeister von außerhalb besetzt und der zweite Abfüller umgangen. Das war den Kollegen mit Recht verdächtig, und sie ersuchten um Abänderung der Maßnahme. Herr Lasser ließ wohl den erst angenommenen Abfüller nicht anfangen, besetzte den Posten aber trotzdem mit einer fremden Person, auch einem gewesenen Braumeister. Darin liegt System, und wenn Herr Lasser diese Maßnahme damit begründet, daß der Posten nicht der Reihe nach besetzt werden könne, so kann er Sachleuten dieses nicht vorreden. Hoffentlich kommt Herr Lasser bald zur Einsicht.

† Mainz. Brandiger Kampf. Der Kampf in Mainz ist mit bedeutendem Erfolge beendet. Näherer Bericht folgt.

† Rosenheim. Am Samstag, den 12. Juni, fand hier eine vom Gewerkschaftskartell einberufene stark besuchte Volksversammlung statt, welche sich mit den Lohn- und Arbeitsverhältnissen sowie mit den ungerechten Arbeiterentlassungen der Brauerei Stadthammer (Besitzer Herr Stumbeck) beschäftigte. Kollege Ertl, München, kritisierte zunächst das Verhalten des Vorsitzenden des Gewerbegerichts Rosenheim, den diese Versammlung ganz aus dem Häuschen gebracht hat. Dem Gewerkschaftsvorsitzenden erklärte der Vorsitzende des Gewerbegerichts, daß bei Stadthammer keine ungerechten Arbeiterentlassungen vorgekommen seien, und wenn der Vertrauensmann entlassen worden sei, so sei ihm von Stadthammer 20 Mark Entschädigung gezahlt worden, mithin, meinte er, sei die Entlassung als gerecht vorgenommen worden. Gegen ein vorzeitiges Vorgehen müsse mit aller Entschiedenheit protestiert werden. Der Vertrauensmann, der entlassen wurde, sei nicht der letzteinstellte sondern nach ihm wurden noch zwei eingestellt. Als der Verbandsvertreter bei Stadthammer vorschlug und ihn auf die Ungerechtigkeit hinwies, erklärte Herr Stumbeck, er lasse sich nichts drein reden, die Entlassung werde vorgenommen, weil der Arbeiter organisiert sei, und organisierte Arbeiter mußte er nicht. Mit diesem Gebahren glaubte Herr Stumbeck der Lohnbewegung ausweichen zu können, die Verhältnisse aber in der Brauerei waren dort schlecht; daß sie für die noch beschäftigten Kollegen unerträglich geworden sind.

Am 18. Mai wurde ihm dann von der Organisation ein Tarifvertragsentwurf unterbreitet, den er einfach unbeantwortet ließ, der Verbandsvertreter versuchte nun, ihn dazu zu bewegen, mit uns in Verhandlungen einzutreten, was er ganz entschieden abwich. Darauf wurde seitens der Organisation das Gewerbegericht als Einigungsamt angerufen, worauf es wieder der Vorsitzende des Gewerbegerichts war, der unserer Vertreter sagte: „er könne ihn (Stumbeck) auch nicht zwingen, wenn er den Tarif

nicht unterschreibe.“ Als ob die Organisation von ihm einen Zwang verlangt hätte. Herr Stumbeck hat es aber vorgezogen, auch am Gewerbegericht nicht mit uns in Verhandlungen einzutreten, und somit sollten die Kollegen in den erbärmlichen Verhältnissen fortleben.

Die Arbeitszeit ist 14 Stunden, bei Jourhalten 18 Stunden, ohne hierfür eine Vergütung zu erhalten; die geschiedenen Bestimmungen über die Sonntagsruhe werden nicht eingehalten, so daß die Arbeiter im ganzen Jahr nicht einen einzigen freien Sonntag haben. Der Schlafraum und Schalenber, in der sich die Kollegen aufhalten müssen, ist neben dem Wirtshaus, nebenan befindet sich die Erde, wo alle Küchenabfälle und Asochen gesammelt werden. Welche Lust sich da in diesen Luftkathedralen befindet, wird jedem klar sein. Zu diesen schlechten Verhältnissen wird noch ein Lohn von 60 bis 70 Mark monatlich gezahlt. Daß diese Zustände unhaltbar geworden sind, wird jeder vernünftige Mensch zugeben müssen. Nachdem aber Herr Stumbeck jede Unterhandlung abgelehnt hat, mußte auch die Arbeiterschaft von Rosenheim dazu Stellung nehmen, und ihre Stellung kann nur die sein, daß sie Herrn Stumbeck sein Bier selber trinken läßt.

Nach einer ausgiebigen Diskussion, wo alle Redner dem Referenten beipflichteten, wurde einstimmig eine Resolution angenommen, welche den Boykott über die Stadthammerbrauerei erklärte. Selbst die guten Freunde des Herrn Stumbeck haben dafür gestimmt.

† Tullingen. Tarifvertrag. Nach wiederholten Versuchen ist es gelungen, auch Herrn Brauereibesitzer Cosmann, „zum Schlüssel“, trotz allen Sträubens zu bewegen, den Tarif zu unterschreiben. Es ist nun mit allen bedeutenderen Brauereien ein Tarif abgeschlossen.

Wenn die hiesigen Brauereiarbeiter zwischen den früheren und gegenwärtigen Verhältnissen einen Vergleich ziehen, dann müssen sie ohne weiteres zugeben, daß mit diesem Tarifabschluß eine wesentliche Verbesserung erzielt wurde. Trotzdem macht sich bei einem Teil der Kollegen schon wieder eine größere Unzufriedenheit bemerkbar, wahrscheinlich haben diese schon wieder vorgefunden, welche großen Widerwärtigkeiten zu überwinden waren, den Unternehmern Zugeständnisse abzutrotzen. Der Bezirksleiter und das Gewerkschaftskartell mußten schon wiederholt eingreifen, daß dieser Vertrag von den Unternehmern eingehalten wird.

Um das Erzwungene hochzuhalten, haben diese gleichgültigen Kollegen alle Ursache, der Organisation gegenüber ihren Pflichten nachzukommen, und diese schädlichen persönlichen Nebenbetrachten endlich einmal auszumerzen. Die hiesige Arbeiterschaft, welche uns jederzeit tatkräftig unterstützt hat, würde bei der fortwährenden Unzufriedenheit der Kollegen kein Bedürfnis mehr fühlen, für sie einzutreten. Hoffentlich tragen diese ungutgemeinten Anregungen dazu bei, daß diese Kollegen ihren Köhler einsehen, bevor es zu spät ist.

† Zwickau - Mosel. Tarifvertrag. Der für Zwickau und Umgegend gültige Tarif ist nun auch von dem neuen Besitzer der Brauerei Mosel, Herrn Krühöffer, anerkannt worden.

Brennereien.

† Stettin. Ein Organisationsfeind auf Umwegen. Im Mai vorigen Jahres traten die Kollegen der Brennerei Rüdorff Nachf., Oberwieß b. wegen Mahregelung von zwei Kollegen in den Streik, der sieben Wochen dauerte. Während des Streiks starb der frühere Geschäftsführer Herr Schmidt und ein Herr Müller kam ans Ruder, der dem Brauereiarbeiterverband gleich die Hand zum Frieden bot, denn er sah ein, daß das konsumierende Publikum ihn dazu zwang, indem seine Produkte gemieden wurden. Nun zeigte sich der gute Herr aber seinen Arbeitern gegenüber sehr gütig. Er wanderte Tag und Nacht durch den Betrieb; überall, wo er einen Arbeiter antraf, unterhielt er sich mit ihm über alle möglichen Dinge, zum Schluß kam er denn auch meist auf den Verband zu sprechen, um jedenfalls nur zu hören, wie weit die Arbeiter ein Interesse am Verbands haben. Hauptächlich hielt er sich bei dem Heizer Müller auf, um wegen der Streik damals eigentümlich enttandener war. Es dauerte auch nicht lange, da antwortete der Heizer dem Vertrauensmann, daß er nicht mehr behäufig und hiermit aus dem Verbands ausscheide. Auch dies erzählte er dem Herrn Müller, der dies ja nun jedenfalls als Agitationsmaterial benutzte; indem er es denjenigen Arbeitern erzählte, die ihm sympathisch erschienen. Hiergegen nahmen die Kollegen Stellung. Die Verbandsleitung wurde vorstellig, wodurch die Angelegenheit dahin geregelt wurde, daß der Heizer Müller dem Vertrauensmann und dem Chef gegenüber erklärte, daß er, solange er bei genannter Firma tätig wäre, nicht aus dem Verbands ginge. Nun hatte der Vorsitzende des Brauereiarbeiterverbandes eine Betriebsübernahme einberufen, weil der Tarif am 1. September abläuft. Es wurde selbstverständlich beschlossen, den Tarif zu kündigen. Bei dieser Gelegenheit wurde auch die liebenswürdige Heuschel der Hauptperson in dem Betrieb scharf kritisiert. Von diesen ganzen Vorwommnissen wurde der Chef am anderen Morgen sofort in Kenntnis gesetzt. Der betreffende Schmarotzer beabsichtigte jedenfalls, um die Nacht ruhig schlafen zu können, seinem lebenswichtigen Unternehmer den Beschlus, den die Versammlung gefaßt hatte, sofort mitzuteilen; man beobachtete ihn, wie er nach Schluß der Versammlung an den Torweg trat um Klingel. Als aber einige Kollegen kamen, lief er davon. Nun machte Herr Müller schon bis zum anderen Morgen warten. Wie nun aber der Chef von dem ganzen Sachverhalt in Kenntnis gesetzt war, machte er sich dabei und fertige einen Tarif aus und legte ihn den Leuten zur Unterschrift vor. Es fanden sich auch einige, die vielleicht aus Furcht, entlassen zu werden, oder aus Unüberlegtheit, unterschrieben haben. Wie sie sich nachher die Sache überlegten, sahen sie ein, was sie für eine große Dummheit begangen hatten. Sie erklärten in der darauf abgehaltenen Betriebsversammlung, daß sie den Verband beauftragen, einen Tarif für sie abzuschließen. Nun wird Herr Müller sich in Zukunft danach zu richten haben und wird wissen, daß er nur mit der Organisation zu tun hat, wenn ein Streik zwischen ihm und seinen Arbeitern stattfindet.

Brennereien und Destillationen.

† Herford. Der Firma Osthoff, Brennerei und Destillation, wurde im Auftrag der dort beschäftigten Kollegen von unserer Organisation ein Tarifentwurf eingereicht. Die Löhne, die bisher von der Firma bezahlt wurden, stehen in keinem Verhältnis zur heutigen Zeit, so daß sich eine Regulierung als unumgänglich notwendig erweist. Die Forderungen lassen sich von seiten der Firma bei einigem Entgegenkommen sehr leicht erfüllen. Es wird dann auch der immerwährende Wechsel der dort beschäftigten Arbeiter aufhören, sicher nicht zum Schaden der Firma.

† Kiel. Tarifvertrag. Die Lohnbewegung der unseren Verband angehörigen Kollegen der Brennereien und Destillationen von E. Mehe, Keller und Lehment hat durch Tarifvertrag ihren Abschluß gefunden. Es hat auch hier erst eine ganze Reihe von Verhandlungen bedurft, ehe es gelang, einige Verbesserungen durchzuführen. Genau wie die Brauereien hatten sich diese Firmen dem Arbeitgeberverband von Kiel kurz vor Ablauf des alten Vertrages angeschlossen.

Erreicht wurde bei den Firmen Mehe und Keller 1 Mk. Lohnerhöhung die Woche. Erst nach langem Kampfe gelang es, für die Arbeiter der Firma Lehment wie bei den anderen Betrieben einen Höchstlohn von 27 Mk. herauszuholen. Diese Arbeiter erhalten demnach in ihrer großen Mehrzahl eine Lohnerhöhung von 2 Mk. die Woche. Die Sätze für Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit erfahren eine Erhöhung von 5 Pf., auch bestimmen in Zukunft die Löhne und Speiseführer das Sonntags-Pferdefüttern als Ueberstunden bezahlt.

Die geforderte Arbeitszeitverkürzung von 9 1/2 auf 9 Stunden war nicht zu erreichen. Bei den hiesigen Feuerungsverhältnissen und dem Umstande, daß die Arbeiter der Firma Lehment noch

niedrigere Löhne bezogen als die der beiden anderen Firmen, war auch hier die Lohnkommission gezwungen, das Hauptgewicht auf die Lohnfrage zu legen.

Korrespondenzen.

Buxtehude. In der Versammlung am 7. Juni sprach Kollege Lab über die Notwendigkeit, daß alle Kollegen des Betriebes dem Brauereiarbeiterverband angehören und legte den Kollegen aus, daß die Organisation verbessert werden kann.

Geisingen. In unserer Versammlung am 12. Juni hatten sich auch mehrere Bierführer eingefunden. Kollege Holzjurtner schilderte die misslichen Lohn- und Arbeitsverhältnisse derselben und führte den Nachweis, daß ihre Lage ebenfalls nur durch eine gute Organisation verbessert werden kann.

Verford. In der Versammlung am 13. Juni sprach Kollege Supper-Vielefeld über: „Die Notwendigkeit der tariflichen Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen aller in Brauereien und ähnlichen Betrieben beschäftigter Personen“.

Tarifverträge sind schriftliche Vereinbarungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgeber über die Arbeitsbedingungen, Löhne, Arbeitszeit, Überarbeit usw. Dadurch wird in das Arbeitsverhältnis Stetigkeit, Sicherheit und Ordnung gebracht.

Dem Referenten wurde für seine Ausführungen lebhafter Beifall zu teil. In der Diskussion beteiligten sich im Sinne des Referenten Kartellvorstand Rabig und Kollege Aoring.

Herford. Bei dem Streit unserer Kollegen in der Bier- und Mineralwasserfabrik von Lucas spielte bekanntlich Heinrich Engelhard, Mitglied des Transportarbeiterverbandes, den Streikbrecher. Nicht allein das, er holte auch Arbeitswillige vom Arbeitsnachweis, und als er mehrere streikenden Kollegen dort vorfand, holte er polizeiliche Hilfe und bekam dann auch vier Arbeitswillige und geleitete sie hinter den Gatter in den Betrieb.

Söbura. Am 13. Juni tagte in der Bayerischen Bierhalle eine öffentliche Brauereiarbeiterversammlung. Kollege Stöcklein sprach über das Thema: Brauereiarbeiterverband, Bund der Brauereiarbeiter und der hiesigen Brauereier.

mantel, und Vereinsbrauerei es wieder nicht für nötig hielten zu erscheinen, trotzdem die Verhältnisse dort nicht die besten sind.

Magdeburg. In der Versammlung am 5. Juni mußten wir uns wieder einmal mit dem unerhörten Gebahren der Transportarbeiter befassen. Wenn die gelben Gewerkschaften täglich mit den raffiniertesten Mitteln gegen uns arbeiten, so können wir immer noch sagen, die Leute kämpfen mit offenem Bisher.

Auf der Schultheiß-Niederlage in Magdeburg sind die Mehrzahl Bierfahrer, Milchfahrer, wie Hilfsarbeiter bei uns organisiert, obwohl sich die Transportarbeiter seit Jahren die größte Mühe gegeben haben. Bei der letzten Lohnbewegung machten sie nun vollständig Fiasko, denn bei der Verhandlung wurde nur unser Gauleiter, Kollege Unger, als maßgebender Vertreter anerkannt.

Sämtliche Redner sprachen sich dahin aus, daß diesen Nebelständen nur durch eine gute Organisation wirksam entgegengetreten werden kann. Die noch fernstehenden Kollegen werden gut tun, sich samt und sonders dem Verbandsauszug anzuschließen und dem Ausbau desselben tatkräftig mitzuarbeiten.

Zußdorf-Wilhelmsdorf. Am 10. Juni fand eine Versammlung statt, zu welcher sich nahezu sämtliche Brauer und Bierführer von Zußdorf eingefunden hatten. Kollege Holzjurtner schilderte in seinem Vortrage die Entwidlung der Organisation, welche unter den größten Verfolgungen und Schikanen der Unternehmer und deren Helfer zu leiden hatte.

Rebergehend auf die Verhältnisse in Zußdorf meinte der Redner, daß die Arbeiter alle Ursache haben, auch eine Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse anzustreben. Die Lebensmittel stehen höher im Preise als in jeder Großstadt, so kostet das einfache Mittagessen 70 Pf., demgegenüber stehen die Löhne in keinem Verhältnis.

In der Diskussion wurden diese Ausführungen noch ergänzt, es wurde auch lebhaft Klage geführt über die Behandlung seitens des Braumeisters. Die letzten Entlassungen, wobei einem Kollegen Tropfbeer verabschiedet wurde und dieser dagegen Einwendungen machte, weshalb keine Entlassung erfolgte, müssen Kopfschütteln erregen.

Sämtliche Kollegen ließen sich in den Verband aufnehmen. Kollege Schmid, Saulgau, erjuchte diese Kollegen, sich durch Drohungen nicht einschüchtern zu lassen, in der Organisation werden sie jederzeit einen guten Rückhalt finden.

Rundschau.

Wichtig für jeden Steuerzahler in Preußen. „Beherrschung des Einkommens aus Lohn und Arbeitsverdienst nach dem preussischen Einkommensteuergesetz, sachmannisch bearbeitet.“ Das Büchlein, das in allen Fragen aus dem Einkommensteuergesetz erschöpfend Auskunft gibt, ist für die Kollegen zum Preise von 25 Pf. einschließlich Porto von der Expedition der „Brauereiarbeiter-Zeitung“ zu beziehen.

Ausperrung der Brauerei- und Mineralwasserarbeiter in Malmö. Die Brauereien und Mineralwasserfabriken in Malmö, Schweden, haben eine allgemeine Aussperrung veranlaßt, weil die Arbeiter einen Stundenlohn von 44 Öre nebst 14 Tage Ferien im Jahre verlangen.

Die Brauereien und Mineralwasserfabriken in Malmö, Schweden, haben eine allgemeine Aussperrung veranlaßt, weil die Arbeiter einen Stundenlohn von 44 Öre nebst 14 Tage Ferien im Jahre verlangen. Die Unternehmer wollen Malmö „trocken“ legen, denn es sind bindende Uebereinkommen getroffen, wonach unter diesen Umständen weder die übrigen schwedischen, noch die dänischen Brauereien und Mineralwasserfabriken Getränke nach Malmö einführen dürfen.

Verbandsnachrichten. Verbandsbur.: Schilderstr. 6 IV, Berlin O. 27. Fernspr.: Amt VII, 275. Diese Woche ist der 26. Wochenbeitrag fällig.

Eingänge der Hauptkasse

vom 14. bis 20. Juni. Für Beiträge: Stettin 350.—, Chemnitz 700.—, Minden i. W. 200.—, Hamm i. W. 92.—, Magdeburg 200.—, Hof 330.—, Erfurt 350.—. Für Inzerate: Berlin 2,10. Berlin 2,10. Für Extrabeiträge: Erfurt 1.—. Für Notizkalender: Hof 1.—. (Die in den letzten Tagen der Berichtswache abgeforderten Gelder werden in nächster Nummer mit quittiert.)

Materialverband.

Suhl 400 Mark an 50 Pf., Bochum 800 Mark an 50 Pf., Greiz 2000 Mark an 50 Pf., Salferstadt 400 Mark an 50 Pf., Einbeck 800 Mark an 50 Pf. und 200 Mark an 30 Pf., Offen 800 Mark an 50 Pf. und 200 Mark an 30 Pf., Neustadt a. Dela 400 Mark an 50 Pf., Danzig 50 Mitgliedsbücher, 800 Mark an 50 Pf. und 400 Mark an 30 Pf., Saimn 1600 Mark an 50 Pf., Konitz 1200 Mark an 50 Pf., Halle 50 Mitgliedsbücher, Hagen 61 Mark an 45 Pf., Solingen 20 Mitgliedsbücher, Bielefeld 200 Mark an 30 Pf.

Aus den Bezirken und Zahlstellen.

Durlach. Obmann ist Joh. Egner, Hauptstr. 60, III. Karlsruhe. Das Bureau befindet sich ab 1. Juli Nachstr. 69, Neuer Sinalbau, Karlsruhe-Mühlberg. Albstadt-Zellerfeld. Vorsitzender ist Kollege Gärrer, Brauerei Buntentrod.

Versammlungsanzeigen.

Sonnabend, den 26. Juni. Elberfeld-Barmen. 8 1/2 Uhr bei Luchardt, Barmen, Parlamentsstraße 5. — Gamburg. 8 1/2 Uhr bei Horn, Hohe Bleichen 30. — Meerane, Ronik, Grimmitzschau. 8 Uhr im „Thüringer Hof“, Meerane. — Neutlingen. 8 Uhr im Lokal. — Schwenningen. 7 1/2 Uhr „Gasthaus zum grünen Baum“.

Sonntag, den 27. Juni. Duisburg. 4 Uhr bei Marks, Feldstraße. Referent W. Frank. Düsseldorf. — Hagen. 3 Uhr im „Vollshaus“. — Nottwil. 2 Uhr „Gasthaus zur Siegeshalle“. — Netzen. 4 Uhr im Gewerkschaftshaus.

Sonntag, den 4. Juli. Fürth. 3 Uhr in Zirndorf bei Hoffmann.

Einlagegelder erhalten:

Wiskhofen 322 Mk., Nürnberg 100 Mk., Augsburg 350 Mk., Nürnberg 900 Mk. Gesellschaftsbrauerei Augsburg. Walthar Richter.

Neu! Wasserdichte Holzschuhe! Neu! Das Beste ist das Billigste. Hch. Schäfer, Ganan, Schirmitzstraße 5. Alte Modelle 3,60 Mk., neue Modelle 3,85 Mk., mit Leder beschickt 1/2 Mk. mehr, sowie andere Modelle. Katalog franco.

Marik Schott. Schmerzerfüllt von dem plötzlichen, unerwarteten Hinscheiden unseres lieben guten Sportgenossen Marik, erfüllen wir hiermit die traurige Pflicht, allen Kollegen zur Kenntnis zu bringen, daß einer der Besten von uns durch den Tod aus unseren Reihen hinweggerissen wurde.

Sportklub Wanderlust Brauerei z. Belsenkeller, Dresden-Planen. Verkauft umständlicher Döhl- und Kolonialwarengeschäft welches ich 5 Jahre habe, billig, kann evtl. vom Frau bejort werden. Käufer wird gründlich angeleitet. Kohl, Käse, N.O. 43, Georgenstraße 16.

Kühlanlage. bestehend aus Ammoniak-Kompressor, mit Nierenantrieb, 150—200 000 Cal. stündliche Leistung, Veredelungs-Kondensator, einem Generator, mit Einrichtung für Eisgewinnung, Produktion jährlich 300—500 Kilo. Eiswürfel, den sämtlichen Neben-Apparaten und Ventilen zu kaufen gesucht. Dizeite mit Angabe des Alters und der Herkunft, unter Beifügung von Zeichnungen, welche auf Wunsch zurückgefordert werden, unter C. 12 an die Expedition dieses Blattes, erbeten.

Unsere Verbandskollegen Jean Schmidt zu der am 29. Juni stattfindenden 118ten Jahrestagung unserer besten Wirtin. Die Verbandskollegen der Hofbrauerei Koch, Ganan a. M.

Berufs-Bekleidung für Brauereiarbeiter. Hosen, Mantel, Jacke, Weste, Hemd, Krawatte, Schuhe, Strümpfe, Socken, Handschuhe, Mütze, etc. Preisliste: Hosen 3,75, Mantel 5,75, Jacke 2,25, Weste 2,85, Hemd 1,25, Krawatte 0,25, Schuhe 1,25, Strümpfe 0,25, Socken 0,25, Handschuhe 0,25, Mütze 0,25.

Die Stöwer erobert sich die Welt! Bernh. Stöwer A.-G. Stuttgart. Vergünstigungs-Anzeigen. Dortmund. Sonntag, den 4. Juli von 8 Uhr ab, feiert die Zahlstelle Dortmund im Kaiser-Wilhelm-Pal (Radrennbahn), Galtstraße 6, Stragenbahnlinie Dortmund-Brüninghausen, ihr diesjähriges Sommerfest. Bestehend in Konzert, Belustigungen aller Art und Ball. Die Kollegen der umliegenden Zahlstellen, welchen wir einen sehr angenehmen Aufenthalt versichern, sind hiermit freundlichst eingeladen.